

AUSGABE VOM 28. APRIL 2017

Kriminalität: Jäger gefährdet die innere Sicherheit in NRW

Erneut musste in Nordrhein-Westfalen ein ausreisepflichtiger ausländischer Straftäter auf freien Fuß gesetzt werden, weil es keine Haftplätze in der Abschiebehaftanstalt Büren gab. Dieser zweite Fall innerhalb von wenigen Tagen beweist: Hier liegt ein eklatantes Versagen von SPD-Landesinnenministers Jäger vor. Die Statistik zeigt, dass es in Sicherheitsfragen einen deutlichen Unterschied macht, welche Partei den Innenminister stellt. „Im letzten Jahr gab es in NRW so viele Wohnungseinbrüche wie in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen zusammen. Bei der Aufklärung spielt NRW in der Liga der Stadtstaaten und nicht in der eines großen und starkes Landes. Auch die Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, ist in NRW leider deutlich höher als in anderen Bundesländern. Das wollen und müssen wir ändern!“, so der Kölner CDU-MdB Karsten Möring.

Bundesinnenminister stellt Kriminalitätsstatistik 2016 vor

Die Lage der Kriminalität in Deutschland zeigt Licht und Schatten. Das ist ein Ergebnis der polizeilichen Kriminalstatistik, die Bundesinnenminister Thomas de Maizière in Berlin vorgestellt hat. Ähnlich wie in den vergangenen Jahren sind der Polizei über sechs Millionen Straftaten bekannt geworden.

Der Bundesinnenminister zeigte sich besorgt, dass die Gewaltdelikte deutlich zugenommen haben: „Alle Teile der Gesellschaft sind hier gefragt, der zunehmenden Verrohung und vor allem jeder Form von Hass und Gewalt entschieden entgegen zu treten.“ Er forderte dazu auf, „Respekt, Maß und Gewaltlosigkeit in unserer Sprache und unserem Handeln wieder mehr zur Geltung zu bringen“. Das Problem könne nicht allein Polizei und Justiz überlassen werden.



Garant für die Innere Sicherheit in Deutschland: Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière (Foto: BMI)

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Markus Ulbig, wies darauf hin, dass Deutschland nach wie vor zu einem der sichersten Länder weltweit gehöre. Er dankte allen, den Polizeien von Bund und Ländern sowie dem Verfassungsschutz für ihre Arbeit. Insgesamt sei die Zahl der in Deutschland verübten Straftaten im vergangenen Jahr im Wesentlichen gleich geblieben und nicht gestiegen, und das bei deutlich mehr Einwohnern. Die Zahl der Straftaten, die im Schnitt pro 100.000 Einwohner begangen wurden, sei um 1,9 Prozent auf 7.161

Fälle zurückgegangen. Und: Der Anteil der aufgeklärten Fälle habe mit 54 Prozent den höchsten Stand seit fünf Jahren erreicht. (Weitere Details auf Seite 2)

CDU-MdB Karsten Möring: „Wir werden uns als Union auf den Erfolgen nicht ausruhen, sondern den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen. Dort wo negative Entwicklungen erkennbar sind werden wir unsere Anstrengungen verstärken. Die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen macht Sorge. Daher freue ich mich, dass mein Kollege Wolfgang Bosbach als bundesweit geschätzter Sicherheitsexperte für das CDU-Kompetenzteam von Spitzenkandidat Armin Laschet gewonnen werden konnte!“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

es war der größte Einsatz in der Geschichte der Kölner Polizei: Über 4000 Beamte schützten am letzten Wochenende den AfD-Parteitag im Stadtzentrum. Es gelang die angekündigten Krawalle unter Kontrolle zu halten und schwere Ausschreitungen zu verhindern.



Ich finde es selbstverständlich richtig, wenn Bürger aufstehen gegen die Inhalte der angeblichen „Alternative für Deutschland“. Krawalle haben bei diesem Widerspruch aber nichts zu suchen. Zwei Polizisten wurden beim Einsatz verletzt, einer von ihnen mit einer Holzlatte. Für mich ist das keine Lappalie: Ich wünsche den beiden mutigen Beamten schnelle und gute Besserung!

Wenn vom Links-Bündnis „Solidarität statt Hetze“ nun dem Kölner Polizeipräsidenten „Panikmache“ vorgeworfen wird, ist das völlig absurd. Natürlich hat die große Mehrheit der Demonstranten nichts mit Randalen am Hut. Doch es hilft auch nicht die Augen davor zu verschließen, dass extra mehrere hundert gewaltbereitete linke Chaoten angereist waren. Nur das konsequente umsichtige Einschreiten der Polizei verhinderte größere Auseinandersetzungen. Mein Dank gilt allen eingesetzten Sicherheitskräften - vor und hinter den Kulissen!

Ich wünsche Ihnen einen schönen und friedlichen 1. Mai-Feiertag!

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Neuordnung des Strahlenschutzrechts

Zur Umsetzung europäischer Vorgaben beschloss der Bundestag am Donnerstag ein Rahmengesetz, das alle Regelungen zur ionisierenden Strahlung, insbesondere aus der Strahlenschutzverordnung, der Röntgenverordnung, dem Atomgesetz und dem Strahlenschutzvorsorgegesetz vereint. Das deutsche Strahlenschutzsystem wird grundlegend neu strukturiert. Gleichzeitig werden zahlreiche bestehende Vorgaben infolge des wissenschaftlichen Fortschritts angepasst sowie der thematisch bereits breite Anwendungsbereich des deutschen Strahlenschutzrechts erheblich erweitert. Die damit verbundene umfassende Novellierung des Strahlenschutzrechts bezweckt, den Strahlenschutz zu verbessern, übersichtlich und vollzugsfreundlich zu gestalten sowie unnötige bürokratische Hemmnisse abzubauen. Ferner wird der radiologische Notfallschutz auf Grundlage der Erfahrungen der Ereignisse in Fukushima konzeptionell fortentwickelt. Der Gesetzentwurf stellt ein Rahmengesetz dar. Details müssen durch Rechtsverordnungen festgelegt werden.

Der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring konnte als zuständiger Unions-Berichtersteller in den intensiven Beratungen mit dem Umweltministerium noch wichtige Punkte hineinverhandeln und ist mit der gefundenen Lösung zufrieden: „Ich bin froh, dass wir uns bei der Festsetzung eines 300 Becquerel-Referenzwertes für Radon und die Festlegung von festen Fristen für die Genehmigung von Vorhaben zur medizinischen Forschung mit Radiopharmaka durchgesetzt haben.“

Klimaschutz: Anreize zur Nutzung von Biokraftstoffen

Auch für die Verordnung zur Umsetzung der europarechtlichen Vorgabe zur Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen, die der Bundestag diese Woche verabschiedet hat, war MdB Karsten Möring als zuständiger Berichtersteller der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verantwortlich. Die neue Verordnung regelt die Berechnungsverfahren und Berichterstattungspflichten über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen. „Das klingt sehr bürokratisch“, so das Umweltausschussmitglied. Dahinter verberge sich aber die wichtige Frage, wie die Umweltqualitätsziele von Kraftstoffen verbessert und der CO₂-Ausstoß vermindert werden könnten.

CDU-MdB Karsten Möring: „Die Regelung eröffnet die Möglichkeit, die 2015 vereinbarte Treibhausgasreduzierung bei Kraftstoffen auch mit Wasserstoff bzw. Methan, die aus erneuerbarem Strom erzeugt wurden, zu erreichen. Damit werden innovative Technologien gefördert und Potenziale für Klimaschutz im Verkehrsbereich ausgeschöpft. Zudem wurde die Anrechenbarkeit biogener Öle verbindlich festgeschrieben - das ist von besonderer Bedeutung für den Landwirtschaftssektor.“

Weitere Daten zur Kriminalitätsstatistik 2016

Die in dieser Woche vorgestellte Polizeiliche Kriminalstatistik 2016 (siehe Bericht Seite 1) offenbart, dass die Anzahl der Straftaten gegenüber dem Vorjahr auf 6,373 Mio. gestiegen ist, dies bedeutet eine leichte Erhöhung um 0,7 %. Die Aufklärungsquote liegt konstant bei 56,2 %. Traditionell hoch lag die Aufklärungsquote bei Tötungsdelikten mit 94,6 %. Bei allen Straftaten wurden 2,360 Mio. Tatverdächtige ermittelt, davon waren 953.744 Ausländer. Rechnet man die ausländerrechtlichen Verstöße heraus, ergeben sich 616.230 nicht-deutsche Tatverdächtige bei 2,022 Mio. Gesamttatverdächtigen (30,4 %).



Der Anteil der versuchten Einbrüche (von allen Einbrüchen) erreicht mit 44 % einen neuen Höchststand. Das zeigt, dass Prävention lohnt und wir mit dem eingeführten und weiter attraktiv ausgebauten KfW-Förderprogramm für Sicherheitsmaßnahmen, wie sichere Fenster und Türen, richtig liegen.

Das Risiko, Opfer eines Einbruchs zu werden, ist in NRW und Schleswig-Holstein etwa fünfmal so groß wie in Bayern. NRW und Schleswig-Holstein haben die schlechtesten Zahlen von allen Flächenländern, wenn man die Einbrüche in Relation zur Bevölkerung setzt.

Dagegen ist die Anzahl der Gewaltdelikte um 6,7 % auf 193.542 ebenso gestiegen wie Straftaten gegen das Waffengesetz (um 14,8% auf 34.443 Fälle). Rauschgiftdelikte legten um 7,1 % zu auf 302.594 Fälle.

Impressum:

Ausgabe Nr. 7/2017
28. April 2017

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter